

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden.
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verlagsort:
Gbr. Kersch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Zentralgewalt Dresden-Menschen und Dresden-Altstadt

Druckpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4000.— M., durch die Post bezogen monatlich 4000.— M., unter Abrechnung für Deutschland wöchentlich 1200.— M., Einzelnummer 150.— M., Sonntagsnummer 300.— M., Erlösgründer-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Tel. 25281.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Nonpareilzeile 400.— M., auswärts 500.— M., die halbspaltige Kleinzeile 1000.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienanzeig., Straßen- u. Mietzettel 40 Proq. Kabatt. Bei Briefwechseln 150 Proq.

Nr. 57

Dresden, Donnerstag den 8. März 1923

34. Jahrg.

Zwang zu Verhandlungsbereitschaft

Das Ringen im Westen um den Besitz des Ruhrgebiets machte eine Stellungnahme der Reichsregierung und des Reichstags notwendig, da der französische Militarismus in unaufhaltsamem Vormarsch seine Machtsphäre ausdehnt und planmäßig den ganzen Streifen von der Schweizer bis zur belgischen Grenze von Deutschland abschneidet. Dazu verfähren die heutigen französischen Machthaber ihren unerschütterlichen Willen, an diesem Besitz festzuhalten, bis Deutschland „gezahlt“ habe. Die englische Regierung befähigte jedoch, daß die französische Regierung jede Vermittlungsaktion als unfreundlichen Akt ablehnen würde, so daß auch die stärkste Macht nicht wagte, dem französischen Eroberungswillen zu trotzen.

Der deutsche Abwehrkampf im Ruhrgebiet muß geführt werden. Die deutsche Sozialdemokratie erkennt als taugliche Waffen lediglich den passiven Widerstand an. Diesem Grundgedanken muß sich heute die Regierung Cuno fügen, weil ihr militärische Widerstandsmittel nicht zur Verfügung stehen. Wenn es anders wäre, so würde es wohl auch anders sein, und der blutige Krieg hätte wohl erneut das Gebiet und trieb wieder zur Verpöbelung des Unterlegenen. Ewigkeits Umdrehung ohne Sinn. Nun aber wird die brutale Mißbräutig durch passiven Widerstand zum Zerknirschung gezwungen. Naturgemäß dauert das eine gewisse Zeit, aber es führt unbedingt zu Verhandlungen und zum schließlichen Gewinn des Bedrückten, dem keine erneuten Verpöbelungen folgen. Die Bahn des passiven Widerstandes darf nicht verlassen werden! Parader hat das schaffende Volk zu machen.

Die Regierung Cuno hat sich zur Einhaltung des passiven Widerstandes bekannt. Zwängen sie nicht die Tatsachen dazu, wir würden ihren Worten kein unbedingtes Vertrauen schenken. Zu dieser Art des erfolgreichen Widerstandes gehört unbedingt Verhandlungsbereitschaft. Mehr noch: alle Handlungen gegenüber dem Gegner müssen sich dem Plane einordnen, ihn zu Verhandlungen bereit zu machen. Die Regierung Cuno deutete am Beginn des Ringens an, daß man erst verhandeln könne, wenn das Ruhrgebiet geräumt sei. Von dieser deutschen Kriegspolizei ist Herr Cuno abgekommen, er hat wiederholt erklärt, die Befreiung des Ruhrgebiets sei der Zweck und das Ziel der Verhandlungen. Die Regierung leugnet nicht ihren Verhandlungswillen. Und auch in der Reichstagsrede am Dienstag hat Herr Cuno wiederholt die Verhandlungsbereitschaft zu erkennen gegeben. Das muß man festhalten. Aber auch hier verlassen wir uns nur auf Notwendigkeiten, die in der Situation liegen, nicht auf freien Willen oder gar das persönliche Herz des Herrn Cuno. Denn Herr Cuno hat auch gesagt, Deutschland sei zu Verhandlungen bereit, es gelte jetzt, Frankreich verhandlungsbereit zu machen, deren Presse die Worte „fort mit dem Verhandlungsgerede“ losender Vorkämpfer bei den kriegswilligen Deutschnationalen, deren Presse die Worte „fort mit dem Verhandlungsgerede“, als angeklammertes Regierungsprogramm seitengroß im Fortdruck verleiht. Wir beteiligen uns nicht an Wortklauberei und -deuterei, weil man damit keine sichere Politik machen kann. Wir stellen lediglich fest, daß Herr Cuno die Bereitschaft zur Verhandlung wiederholt erklärt hat — und wir wissen auch warum. Weil nämlich sonst die Sozialdemokratie und die gesamte Arbeiterklasse sofort den Kampf gegen die Regierung Cuno aufgenommen hätte und aufnehmen würde. Es ist also der kräftigste Teil der Abwehrfront, der die Regierung zur Vornahme der Verhandlungsbereitschaft zwingt. Daß das so bleibe, dafür hat das gesamte schaffende Volk zu wirken.

Herr Cuno hat aber anscheinend auch dem nationalen Bürgertum eine Verbeugung machen wollen und geriet dabei in Widerspruch zu seinen bisherigen Erklärungen und seiner bisherigen Politik. Das zeigt, daß Herr Cuno auch anders könnte, wenn nämlich die deutschen Nationalen Herrschaften der stärkste Faktor würden oder gar auf die Regierungslinie beträmen. Dann hätte eine offene Kriegspolitik Oberwasser und zugleich damit würde jede Erfüllungspolitik abgedreht werden. Die Regierung Cuno muß daher von der Kraft der Sozialdemokratie und des gesamten schaffenden Volkes zur Fortführung der Erfüllungspolitik und der weiteren Verhandlungsbereitschaft gezwungen werden. Nur wenn das gelingt, wird die Arbeiterklasse die Opfer des passiven Widerstandes tragen und in diesem Ringen ausharren. Trotz allen Worten des Reichskanzlers ist die Einhaltung des einzig möglichen Weges zum Erfolge immer wieder bedroht. Vor haben die Extremen rechts und links bei der gestrigen Debatte Zurückhaltung geübt.

Aber Herr Cuno rechts sabotierte die Erfüllungspolitik (mit seinem Manoe) und legte nach kriegerischem Tempo — und auch die kommunistische Genossen Zeit in Spiele wieder kriegerisch mit der „Einführung der revolutionären Kräfte gegen den französischen Imperialismus“, getreu dem Diktum, das Nabel bei Gründung der R.P.D. den deutschen Kommunisten übermittelte: „Die deutsche Rote Armee muß einst zusammen mit der russischen Roten Armee den französischen Imperialismus am Rhein mit Waffengewalt schlagen.“ Die deutsche Arbeiterklasse muß diese kriegerische Allianz von Herr Cuno bis jetzt mit der unbedingten Entschlossenheit verhindern, den Abwehrkampf

gegen den französischen Imperialismus mit sozialen Waffen zu führen. Dieser opferreiche Kampf ist eine Politik auf lange Sicht, aber sie ist die einzige, die dem schaffenden Volke einmal Erlösung aus dem kapitalistisch-imperialistischen Kriegszustand und Kriegselend verbürgt.

Wie lange die Regierung Cuno eine verständige Politik verfolgen will und kann, ist völlig unsicher. Die Sozialdemokratie muß das gesamte schaffende Volk für ihre Politik gewinnen und mit diesen Kräften wuchern. Es wird dann gelingen, den französischen Imperialismus zu bändigen, womit die Macht des sozialistischen Volkes so gestärkt wäre, daß mit dem sozialen Aufbau im Innern und der sozialen Verhandlung über die Differenzen hinweg begonnen werden könnte.

Verhaftungen in München

Selbstmord eines Belasteten

München, 7. März. (Fig. Drahtber.) Endlich ist auch die Münchener Polizei dahinter gekommen, daß ernsthafte Verschwörungen auf eine gewaltsame Aenderung der Staatsverfassung hinarbeiten. Es heißt schon allenthalben, wenn selbst die Münchener Polizeidirektion in einer amtlichen Pressemitteilung feststellt, „daß eine Reihe von Persönlichkeiten, die außerhalb der politischen Welt stehen, den Beschluß gefaßt hatten, in allerhöchster Zeit eine gewaltsame Veränderung der bayerischen Verfassung herbeizuführen“. Das soll Ende Februar bekannt geworden sein. Als Hauptbeteiligte unter den 15 Verhafteten, von denen 7 inzwischen wieder freigelassen wurden, nennt der Bericht einen Professor Fuchs und einen Hugo Machhaus aus München. Dieser Professor Fuchs ist ein Komplex des am 30. November v. J. in München verhafteten Kapitän Ehrhardt. Fuchs hat, wie feststeht, nicht nur Ehrhardt, sondern auch Dürrich, der jetzt noch unter dem Namen „General Lorenz“ sein Verstecken in Süddeutschland treiben soll, wochenlang beherbergt. Mit Fuchs verfaßt Ehrhardt auch seine bekannte Erklärung über den Rathenau-Mord, in der behauptet wurde, daß die Organisation Consul nicht an dem Mord beteiligt sei. Diese „Entschuldigung“ war fälschlich aus Wien datiert, in Wirklichkeit aber auf Schloß Althaus verfaßt worden. Wie angesichts dessen der amtliche Bericht der Münchener Polizeidirektion die Verschwörer ausgerechnet als Persönlichkeiten bezeichnen kann, „die außerhalb der politischen Welt“ stehen, bleibt ihr überlassen. Wichtig ist, daß ein großer Teil der Verhafteten als deutschböhmische Rindstöpfe gelten.

Die fressende Seuche

Die sozialdemokratische Presse hat seit Monaten immer wieder auf die große Gefahr hingewiesen, die der Republik aus den zahlreichen mehr oder weniger existierenden illegalen rechtsradikalen Organisationen erwächst. In der Reichstagsdebatte vom 22. Februar hat nunmehr der Reichswehrminister selbst zugegeben, daß diese Organisationen gerade im gegenwärtigen Moment eine ungeheuer große Gefahr bedeuten. In einer Zusammenfassung des durch diese Debatte und durch die Behandlung in der Presse bekanntgewordenen Materials betont die Glocke, daß aus allem deutlich hervorgeht, wie sehr Deutschland sich trotz allen Warnungen schon an Kräfte ausgeliefert habe, die außerhalb seiner Einflusszone stehen und die der Demokratie und der Republik fremd und feindlich gegenüberstehen. In dem „Warnung an die Republik“ überschriebenen Aufsatz heißt es: Wer alle diese offiziellen und nicht-offiziellen Berichte und Erklärungen zu lesen versteht, der muß erschrecken über das Bild, das sich ergibt. Man sollte denken, Gesetze würden erlassen, um durchgeführt zu werden. Die Selbstschutzverbände und Zeitfreiwilligenorganisationen sind durch die Reichsregierung aufgelöst worden. Daß sie trotzdem weiterbestehen, ist schon ein Zeichen bedauerlicher Schwäche der Staatsgewalt. Das es aber möglich ist, daß einzelne Regierungen solche illegalen Organisationen nicht nur dulden, sondern sogar unterstützen, ist eine Ungeheuerlichkeit. Dadurch wird es möglich, daß ein Spiel hinter den Kulissen entsteht, bei dem die verbotenen Verbände eine Regierungsstelle gegen die andere auszuspielen.

Aber es ist falsch, immer von der Orgel zu reden. Die Organisation Eberich besteht unter diesem Namen nicht mehr.

Die großen Gruppen Ost (in Ostpreußen), Südosten (Oberbayern), Nordosten (Brandenburg und Pommern), Nord (Hohenzollern, Gumburg, Mecklenburg), Westen (Sachsen) leben weiter unter anderen Namen, unter den verschiedensten Formen. Es besteht keine nachweisbare Zentrale mehr, aber die zentrale Leitung ist trotzdem gesichert. Die einzelnen Sportklubs, wirtschaftlichen Vereinigungen, Soldatenverbände, Bürger-Bünde usw. sind einander voneinander durchaus unabhängig, aber ein einheitlicher Wille regiert sie,

Außer den genannten Personen war auch ein Rechtsrat a. D. Dr. Kühles, ein Schwager des Grafen v. Böhmer, an der Verschwörung beteiligt. Böhmers Ziel ist bekanntlich seit langem die Schaffung einer süddeutschen Monarchie unter Trennung vom Reich. Dr. Kühles wurde aber aus der Haft wegen Mangels an Beweisen wieder entlassen. Am Dienstag hat er sich in seiner Wohnung durch Erschießen das Leben genommen. Schon daraus ist zu folgern, daß er nicht so harmlos war und daß die Münchener Polizei bei seiner Vernehmung viel harmloser gewesen sein muß. Sämtliche verhafteten Personen sollen übrigens mit Herrn v. Rahr bekannt sein; sie dürften damit auch Dubendörff nicht ganz fernstehen.

Die Aufdeckung dieses Verschwörernetzes vermag der Oberreichsanwalt wichtige Fingerzeige für die Vornahme der Untersuchung in der Ehrhardt-Angelegenheit zu geben.

Auflösung des Reichskanzleramtes

Berlin, 8. März. (Fig. Drahtber.) Als erste der Sparmaßnahmen des Reiches, wie sie schon durch das Ministerium Wieth vorbereitet wurden, soll Ende des Monats März das Reichskanzleramt aufgelöst werden. Die Abteilungen Liegenschaften und für Kaufmann werden im Reichsfinanzministerium, die Abteilung für die besetzten Gebiete dem entsprechenden Staatssekretariat des Reichsinnenministeriums angegliedert werden. Die wichtigste, die Industrieabteilung, durch die der industrielle Besitz des Reiches bisher verwaltet wurde, wird in eine selbständige Vereinigte Industrieunternehmungen A.-G. verwandelt. Die Aktien dieser Gesellschaft, die von der Deutschen Werke A.-G., der Reichsaluminium A.-G., der Reichselektro A.-G. und der Reichskreditgesellschaft als Gesellschaft am 7. März gegründet worden ist, bleiben im Besitz des Reiches. Eine Veränderung der Aktien ist noch vor der Bestimmung des Reichstags gebunden. Eine Beteiligung Privater an der Gesellschaft ist nicht vorgesehen. Die Selbstständigkeit der einzelnen Unternehmungen wird im wesentlichen nicht berührt.

Die Wahl des Ministerpräsidenten verschoben

Bekanntlich war in Aussicht genommen, am morgigen Freitag eine Landtagsitzung abzuhalten, in der die Wahl des Ministerpräsidenten vorgenommen werden sollte. Wie der Landtagspräsident am Beginn der heutigen Sitzung mitteilte, wird morgen Freitag keine Sitzung stattfinden. Infolgedessen wird auch die Wahl des Ministerpräsidenten erst später stattfinden.

nach einheitlicher Art werden sie verwirklicht, und zu einem Ziel werden sie zusammengeführt.

Aber es gibt neben den illegalen Organisationen, die zum großen Teil sehr legale, auf dem Amtsgelände richtig in die Vereinstätigkeit eingetragene Vereine sind, noch andere Verbände, die sich die Bezeichnung illegal sehr und mit Nachdruck verbieten würden. Da ist der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, der sich rühmt, tausend Ortsgruppen und 350 000 Mitglieder zu haben, da ist der Jungdeutsche Orden, der sogar 15 000 Ortsgruppen und 400 000 Mitglieder zählt. Diesen beiden Verbänden ist ihre Legalität von der von der höchsten zuständigen Stelle in Deutschland, nämlich vom Reichsgericht in Leipzig, bestätigt worden. Die gegen sie ergangenen Verbote der Landesregierung sind hinsichtlich ihrer Wirksamkeit im „nationalen“ Sinne ist keine Grenze mehr gesetzt. Da sind weiter die Leute vom Verein Oberland, da sind die hiesigen Nationalsozialisten, die in München ihrem Diktator Hitler folgen und die sich in Norddeutschland wegen der lebhaften Verfolgung durch die preussische Polizei verschiedentlich umtauschen mußten. Gegenwärtig rechnen sie sich zur deutschböhmischen Freiheitspartei und gehorchen unbedingt der Führung der Antiparlamentarier Wulle, Graefe und Venning. Da ist der Nationalverband deutscher Offiziere und der Deutsche Bismarckbund. Da sind noch Hunderte von kleinen Verbänden, mit vielerlei Namen und allerlei Statuten und doch nur mit einem Ziel. Ihre Gesamtzahl zu schätzen ist unmöglich, das eine ist sicher, sie gehen in die Millionen.

Daß diese Gefahr heute riesengroß anzunehmen ist, kann niemand verneinen. Ob sie noch zu bannen ist, ist zweifelhaft. Die Beendigung des außenpolitischen Konflikts, die eines Tages kommen muß und die vielleicht schon nahe ist, wird Deutschland in eine ungeheure innerpolitische Krise stürzen. Auch die Abbehebung wird außenpolitisch eine Episode, nur eine Station auf unserem währigen Marsch durch die Wüste bleiben. Wenn aber aller Haß und alle Kräfte, die in der Erbitterung der letzten Wochen gegen die fremde Gewalt angesammelt worden sind, ihre Entladung finden im Zusammenprall der Kräfte im eigenen Volk, so wird es an Stelle der Franzosen die Republik sein, die gesägen auf dem Block bleibt.